

nachrichten

Bundesrat rechnet mit Milliarden Gewinn

BERN. Der Bundesrat rechnet im laufenden Jahr mit schwarzen statt wie budgetiert roten Zahlen. Nach neuesten Hochrechnungen soll der Überschuss 1,4 Milliarden Franken betragen. Im August war der Bundesrat noch von 600 Millionen ausgegangen. Mit der gestern bekannt gegebenen neuen Schätzung würde die Rechnung 2010 der Eidgenossenschaft um 3,4 Milliarden besser abschliessen als budgetiert. Der Bundesrat führt das Ergebnis sowohl auf Mehreinnahmen als auch auf seinen Sparkurs zurück. SDA

Härtefallregelung kann Familien hart treffen

BERN. Die Härtefallregelungen im Asyl- und Ausländerrecht werden kantonal sehr unterschiedlich gehandhabt. Hauptproblem ist der grosse Ermessensspielraum. Dabei trifft die restriktive Praxis einiger Kantone besonders Familien mit Kindern hart. Diesen Vorwurf erhebt die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht (SBAA) in einem gestern veröffentlichten Bericht. Obwohl gesetzlich festgehalten, werde die Situation der Kinder kaum beachtet. Besonders stossend sei das, wenn diese seit vielen Jahren in der Schweiz lebten. Eine Wegweisung stehe in solchen Fällen im Widerspruch zu den Garantien der UNO-Kinderrechtsresolution. SDA

Markwalder soll Ständeratssitz erobern

LANGENTHAL. Die Berner FDP schickt Nationalrätin Christa Markwalder ins Rennen um den freien Ständeratssitz. Die Delegierten der Kantonalpartei nominierten sie gestern für die Ersatzwahl vom kommenden Februar. Markwalder setzte sich gegen Grossrätin Corinne Schmidhauser durch. 144 Delegierte stimmten in geheimer Wahl für Markwalder, 53 für die frühere Skirennfahrerin Schmidhauser. Der Ständeratssitz ist durch die Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat frei geworden. SDA

Der Gegenvorschlag führt zu einer konsequenten Ausschaffungspraxis auf Verfassungsbasis
Die Initiative schadet dem Rechtsstaat

SERAINA GROSS



Es wird eng für den Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative. Nach dem Nein der SP-Delegierten vom Wochenende droht der Mitte-links-Allianz der Befürworter die Unterstützung auf der linken Seite wegzubrechen. Sie wird fehlen, um dem Gegenvorschlag zum Durchbruch zu verhelfen. Da hilft es wenig, dass die SP-Delegierten bei der Stichfrage empfehlen, beim Gegenvorschlag ein Kreuz zu machen – auch wenn der Stimmende Initiative und Gegenvorschlag ablehnt. Das Kreuz nützt ja nur etwas, wenn sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag von Volk und Ständen angenommen werden, und danach sieht es im Moment nicht aus. Schafft der Gegenvorschlag die

Automatismen, wie sie die Initianten fordern, verletzen das Prinzip der Verhältnismässigkeit.

50-Prozent-Hürde oder das Ständemehr nicht, dann kommt die Stichfrage gar nicht zum Zug. Die lachende Dritte wäre in diesem Fall die SVP, die mit der Annahme ihrer Ausschaffungsinitiative mit einem fulminanten Abstimmungserfolg ins Wahljahr starten könnte.

GENERALVERDACHT. Noch ist es nicht so weit. Doch die Befürworter des Gegenvorschlags kämpfen mit dem Rücken zur Wand. Zu schaffen macht ihnen vor allem etwas: der Verdacht, sich auf die Seite der kriminellen Ausländer zu schlagen. Wer diesen Vorwurf nicht aus der Welt schaffen kann, der hat in Zeiten aufgeheizter Ausländerdebatten einen schweren Stand. Wie absurd der Vorwurf ist, beim Gegenvorschlag würden die kriminellen Ausländer mit Samthandschuhen angefasst, zeigt ein Blick auf den Abstimmungstext. Der Gegenvorschlag enthält einen abschliessenden Katalog



Der Staat muss abwägen. Die Menschenrechte müssen auch bei Ausschaffungen eingehalten werden. Foto Keystone

schwerer Straftaten, die zur Ausschaffung führen: Mord, vorsätzliche Tötung, Raub, Geiselnahme, Menschenhandel, schwere Drogendelikte. Ganz im Gegensatz zum Initiativtext, in dem die Vervollständigung des Deliktkatalogs dem Parlament überlassen wird. Zudem zählt beim Gegenvorschlag nicht nur die Schwere des Delikts, sondern auch die Schwere des Verschuldens. Ausländer können auch bei weniger gravierenden Straftaten ausgeschafft werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren verurteilt wurden. Daran kann es also nicht liegen, dass sich selbst ein ausländerpolitischer Hardliner wie der Aargauer Nationalrat Philipp Müller gegen den Vorwurf verwehren muss, er sei ein «Weichei». Woran aber liegt es dann? Es liegt daran, dass die Architekten des Gegenvorschlags die Bundesverfassung und das Völkerrecht ins Spiel bringen. Das in der Verfassung verankerte Prinzip etwa, dass staatliches Handeln verhältnismässig sein muss. Der Staat soll eben nicht mit Kanonen auf Spatzen

schliessen. Er soll keine Sondereinheit der Polizei aufbieten, um einen Taschendieb zu verfolgen. Und er soll auch keine sozialhilfeabhängige Ausländerin mit zwei kleinen Kindern ausschaffen, weil sie ihre einmaligen Zusatz Einkünfte von 100 Franken zu spät angemeldet hat, wie dies die Initianten fordern. Automatismen verletzen das Prinzip der Verhältnismässigkeit. Jeder hat das Recht darauf, dass sein Fall einzeln geprüft wird. Zu den Menschenrechten gehört der Schutz des Familienlebens. Die Hürde, einen kriminellen Familienvater auszuschaffen, muss eben höher sein als bei einem allein stehenden Mann. Und Minderjährige, dazu hat sich die Schweiz mit der UNO-Kinderrechtskonvention verpflichtet, dürfen ohne Begleitung Erwachsener nicht ausgeschafft werden. Von den Befürwortern der Initiative wird der Verweis auf die Rechte als Versuch dargestellt, ihre Absichten zu unterlaufen. Der Rechtsstaat und das Völkerrecht als lästiges Hindernis bei der Durchsetzung einer Law-and-Order-Politik. Neu ist das nicht: So wurde

schon argumentiert, als es um die Verwahrunginitiative ging. Das Ergebnis: eine Verfassungsbestimmung, die so, wie sie zur Abstimmung gebracht wurde, im Gesetz nicht umgesetzt werden konnte. Der demokratischen Kultur ist das nicht förderlich.

KURZSCHLUSS. Sexualstraftäter, kriminelle Ausländer – was solls, wenn hier Grund- und Menschenrechte verletzt werden? Auf diesen Kurzschluss bauen die Initianten. Und es fällt einem ja in der Tat nicht einfach, hier die Fahne der Rechtsstaatlichkeit hochzuhalten. Trotzdem sollten wirs tun. Die Qualität eines Rechtsstaats zeigt sich gerade dann, wenn es besonders schwierig ist, ihn zu verteidigen. Denn es geht immer zuerst gegen die Aussen-seiter. Die breite Masse könnte sich ja sofort querlegen, wenn ihre Rechte beschnitten würden. Trotzdem muss es alle beunruhigen, wenn Rechte verletzt werden. Denn: Gestern waren es die Sexualstraftäter, heute sind es die kriminellen Ausländer. Und wer wird es morgen sein? seraina.gross@baz.ch

Leise zwitschert die Politik

Parlamentarier versuchen sich auf modernen Kommunikationskanälen

RENATO BECK

Was in ausländischen Wahlkämpfen rege genutzt wird, gebrauchen Schweizer Politiker zurückhaltend: den Nachrichtendienst Twitter.

Die erfolgreichste Twitterin der Schweiz ist Doris Leuthard. Die Bundesrätin hat schon 63 Zuhörer auf ihrer Seite, obwohl sie sich bis heute kein einziges Mal mitgeteilt hat. Obwohl Zuhörer nicht ganz zutrifft, technisch gesehen sind es Leser oder, wie es auf Twitter heisst, «Followers», die den Kurznachrichten folgen, die Mitteilungsbedürftige über den Internetdienst verbreiten. Um selber mitzutun, braucht es eine Anmeldung.

Obama hat damit Wahlkampf gemacht und Angela Merkel; schliesslich ist die Plattform wie geschaffen, kurze griffige Slogans in Echtzeit und kostenlos in der Wählerwelt zu verbreiten. Das Aufnehmen der Nachrichten ist ein Aufsnappen, ein Wahrnehmen und Weiterschicken, alles in der Zeitspanne eines Wimpernschlags. Kommunikation wie Geblinzel. Oder eben Gezwitscher («twitter») – idealerweise jedenfalls.

Unter Schweizer Politikern ist es eher monotones Piepen. Nach einer Anmeldeflut im 2009 ist 2010 das Jahr der Stummen. Bei den Sozialdemokraten fallen Christian Levrat und die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr durch regelmässige Nutzung auf. Fehr geisselt die «Weltwoche» in ihren Dreizeilern für ihre «Alle-gegen-alle-Ideologie», gratuliert auch mal überlegenen Bundesratskandidatinnen oder mahnt «Kinder brauchen Väter!». Levrat schreibt, was man auch sonst von



Gezwitscher. SP-Präsident Christian Levrat auf Twitter.

ihm hört: «Strafaktion gegen Simonetta im Bundesrat».

Einen Einblick ins Alltagsleben eines Politikers eröffnet SP-Aspirant Cédric Wermuth: «Stehe bereits vor 30 min auf zu einem weiteren Montstertag: 7.30 Frühstück bei der AKB, 10 Uhr Journis, 15 Uhr TV, 19 Uhr Sitzung...» Auch die twitterfreudige CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer spiegelt unter «BarbaraZH» ihre Erfahrungen im Politbetrieb: «Habe extrem hasserfüllte Reaktionen auf Aussagen gegen Ausschaffungsinitiative erhalten.» Unterstützung erhält sie in der Sache von Abt Martin Werlen, der gleich Selbiges konstatieren muss. Es entwickelt sich – und hier beginnt der ganze Witz am Twitern – ein schnelles Hin und Her. Werlen wiederum ist ein treuer Besucher von Kathy Riklins Twitter-Seite.

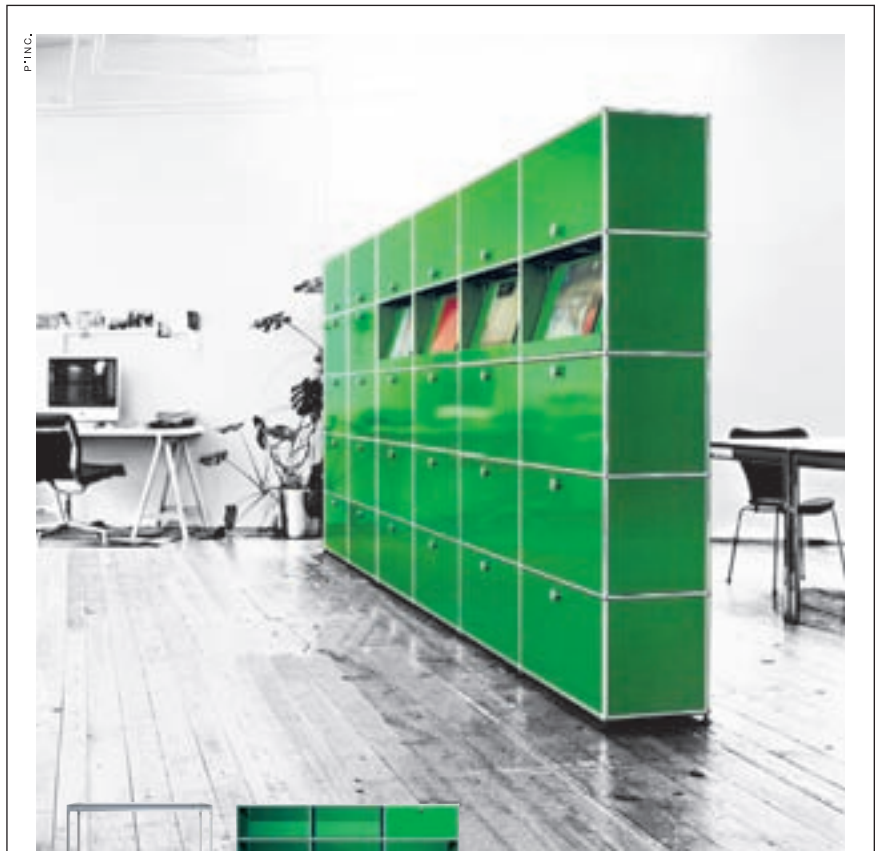
Bei der CVP-Nationalrätin zeigt sich die ganze Spannweite des Twiterns, Potenzial und Peinlichkeit der Sache: Riklin teilt die typischen Belanglosigkeiten mit wie «Sitzungen in

Bern.....», Kryptisches wie «@Abt Martin Autostopp!!! Gruss aus Berlin», aber auch Persönliches wie die Bemerkung, auf der Berlin-Reise etwas Ausenblick genossen zu haben. Aber wie tief können Dreizeiler schon gehen?

VIEMARKT. Für die Parteisekretäre ist Twitter ein Instrument im nächsten Wahlkampf. Auch wenn ihre Ermunterungen selten gehört werden. Bei der SVP fällt nur Jungparlamentarier Lukas Reimann als eifriger Twitterer auf. Silvia Bär aus dem SVP-Generalsekretariat mag dem nicht zu viel Gewicht geben: «Der eine Politiker holt seine Wähler über Twitter ab, der andere auf dem Viehmarkt.»

Unproblematisch ist es ohnehin nicht, wenn Politiker zunehmend zu zwitschern beginnen. Der Missbrauch liegt nahe: So liest man bei einem gewissen Moritz Leuenberger: «Puuh endlich Wochenende.» Wie echt der Seufzer ist, bleibt zweifelhaft: Der alt Bundesrat outet sich nämlich als Fan des Rappers Snoop Dogg.

ANZEIGE



Darstellungskraft – USM Möbelbausysteme verleihen dem Wandel Ausdruck.

Fragen Sie nach detaillierten Unterlagen im autorisierten Fachhandel.

Alinea AG Showroom City, Kirschgartenstrasse 5, 4007 Basel
Telefon 061 690 97 97, www.alineabasel.ch

Wohnbedarf AG Aeschenvorstadt 48–52, 4010 Basel
Telefon 061 295 90 90, www.wohnbedarf.com

Wohntip AG Gelterkindenstrasse 28, 4450 Sissach
Telefon 061 971 40 70, www.wohntip.ch

USM
Möbelbausysteme